



Demokratie schafft Entwicklung

Entwicklung führt zu Demokratie. Falsch! Die Umkehr stimmt: Nur wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durchgesetzt werden, kann Entwicklung stattfinden.

Jahrzehntlang herrschte in der Entwicklungszusammenarbeit der Irrglaube, wirtschaftliche Entwicklung – und damit auch internationale Entwicklungshilfe – führe längerfristig auch zu politischer Entwicklung, d.h. zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wenn einmal der Hunger besiegt, die Armut bekämpft, die Versorgung gesichert sei, dann werde die Bevölkerung nach den Grundbedürfnissen auch nach der Befriedigung der weiteren Interessen wie Freiheit und Demokratie verlangen. Und so wurden denn Makro- und Mikrokredite vergeben, Brücken und Wasserversorgung gebaut, Spitäler, Strassen, Schulen erstellt, Millionen und Milliarden in Infrastruktur gesteckt. Doch von Entwicklung und Demokratie war in den meisten Entwicklungsländern trotzdem wenig zu sehen.

Heute werden ausgerechnet in der Weltbank eigene frühere Annahmen hinterfragt und über den Haufen geworfen. Daniel Kaufmann, Direktor *Global Programs and Governance* am *World Bank Institute*, belegt mit ausführlichen Untersuchungen den Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklung (siehe Seite 2). *Good Governance*, d.h. eine transparente und verantwortungsvolle Regierungsführung wird heute als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung verstanden. Nur wo die Regierungen Korruption und Verbrechen überwinden, finden Entwicklungsgelder auch ihren Weg zu den Bedürftigen. Und nur wo die Regierungen ihr eigenes Verhalten in den Dienst der Bevölkerung stellen, können diese Entwicklungsinvestitionen auch längerfristig nachhaltig sein.

Aber wieso sollten die Herrschenden in Entwicklungsländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas sich den Zielen der Armutsbekämpfung verpflichten? Erst eine informierte Öffentlichkeit, die ihre Interessen artikulieren und kommunizieren kann, schafft den Boden für eine verantwortungsvolle, d.h. den BürgerInnen gegenüber verantwortliche Politik. Wo Rechtssystem und Bürgerbewusstsein schwach sind, übernehmen Medien die Rolle der Schulbücher der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Zwei Zitate:

- “Es gab noch nie eine Hungersnot in einem demokratischen Land mit freien Medien. Ich kenne wenigstens keine Ausnahme.” Amartya Sen, Nobelpreisträgerin.
- “Es wird heute allgemein anerkannt, dass gute, rechtzeitige Information zu einer besseren, effizienteren Zuweisung und Verwendung der Mittel führt.” Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger.

Rein kommerzielle Medien, betrieben von den Besitzern als Investitionsanlage solange und auf die Art und Weise, die die besten Profite abwirft, können diesem Anspruch aber nicht genügen – vor allem nicht in Ländern, die noch kaum über eine tragfähige Wirtschaft und reguläre Werbebudgets verfügen. Medien müssen vor dem Einfluss von Politik und Profit geschützt werden, damit sie dem gesellschaftlichen Anspruch gerecht werden können, als Triebkräfte der Entwicklung zu dienen. Deshalb raten auch alle im Bereich Medienentwicklung tätigen Organisationen und Fachleute dringend dazu, Gelder für Medienentwicklung über entsprechende lokale oder internationale Organisationen einzusetzen und sie nicht den jeweiligen Regierungen der Entwicklungsländer für ihre Informations- und Kommunikationsinteressen zur Verfügung zu stellen. So würde der berühmte Bock zum Gärtner gemacht und statt Rechtsstaatlichkeit und (Medien-)Entwicklung zu fördern, würde der politische Zugriff auf die Untertanen verstärkt.

Entwicklung braucht also Demokratie – und Demokratie braucht unabhängige, professionelle Medien. Genau hier setzt die medienhilfe mit ihrem Unterstützungsprogramm an: Die Qualität der Berichterstattung zu verbessern, die Medien zu stärken und so der Gesellschaft den Boden zu geben, den sie braucht, um ihre Regierung zur Überwindung von Armut und Abhängigkeit zu verpflichten.

Roland Brunner, medienhilfe

Medienkonferenzen

Konferenzen in Amman und London bekräftigen die Bedeutung von Medien für wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung. Ein Bericht auf

Seite 2

medienhilfe Programm

Informationen über laufende Projekte und Programme in Kosov@, Mazedonien und Serbien und über neue Mitarbeiterinnen der medienhilfe auf

Seite 2 und 3

Unbehelligte Hetze

Der Schweizer Presserat weist eine Beschwerde gegen die albanischsprachige, in der Schweiz produzierte Tageszeitung Bota Sot ab.

Seite 4

Status und Medien in Kosov@

In Kürze beginnen die Verhandlungen über den endgültigen Status des Kosov@. Ein Interview mit Enver Robelli, Auslandsredaktor beim Tages-Anzeiger, auf

Seite 6

Dringender Aufruf

Liebe Leserin, lieber Leser

Der medienhilfe droht für

2005 ein Finanzloch von

30'000 Franken! Informa-

tionen dazu auf Seite 5.

Wir hoffen auf Ihre Unter-

stützung. Vielen Dank.

Medienentwicklung entwickeln

Entwicklung braucht Demokratie – und Demokratie braucht Medienfreiheit. Zwei Konferenzen setzen das Thema auf die Traktandenliste der Entwicklungszusammenarbeit.

Vom 1. – 3. Oktober 2005 fand in Amman, Jordanien, das erste *Global Forum for Media Development* statt. Nena Skopljanac, Geschäftsführerin der medienhilfe, war mit dabei.

Erfahrungen austauschen

Rund 425 VertreterInnen von Medienorganisationen aus 97 Ländern der ganzen

Welt haben daran teilgenommen. Drei Tage lang diskutierten die Anwesenden ein breites Spektrum von Erfahrungen und Strategien. Im Vordergrund stand dabei die Verbindung von wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklung mit der Entwicklung der Medien.

Daniel Kaufmann, Direktor *Global Programs and Governance* am *World Bank Institute (WBI)*, präsentierte die Resultate einer umfangreichen Untersuchung, welche das Institut der Weltbank durchführte. Die Entwicklung von 209 Ländern wurde von 1996 – 2004 anhand von 352 Indikatoren, 32 Quellen und 30 Organisationen daraufhin untersucht, wie stark Entwick-

lung und Demokratie zusammenhängen.

Armut bekämpfen

Die Resultate der Untersuchung fasst Daniel Kaufmann wie folgt zusammen:

- JournalistInnen können eine Schlüsselrolle spielen, indem sie das Verhalten der Länder und Politiker aufzeigen.
- JournalistInnen haben nicht nur Enthüllungen zu bieten, sondern sie können Debatten über Lösungen provozieren.
- Medien sind die zentralen Anwälte für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen.
- Statt Skandalen, Sex und Sport brauchen wir Medien, die unabhängig und inhaltlich integer sind.
- Geldgeber müssen die Medien einbeziehen, um Entwicklungsinvestitionen nachhaltig zu sichern.

Einstimmig teilten die TeilnehmerInnen der Konferenz die Einschätzung, dass die Bekämpfung der Armut (“Poverty Reduction Strategy”) nur erfolgreich sein kann, wenn die jeweiligen Regierungen einer öffentlichen Kontrolle und Rechenschaftspflicht ausgesetzt sind. Die ambitionösen Ziele der Vereinten Nationen (“Millennium Development Goals” MDG) sind also nur zu erreichen, wenn unabhängige Medien die kritische Öffentlichkeit herstellen, welche die Regierungen als Empfänger der Entwicklungsgelder in die Pflicht nimmt.

Strategien abstimmen

Nur zwei Wochen nach der Konferenz von Amman trafen sich am 13./14. Oktober in London internationale Entwicklungsorganisationen, in erster Linie die grossen Geldgeber, zu einem “Policy Forum on Media Development”. Auf Einladung des britischen *Departments for International Development DFID* und der *Open Society Foundation – Network Media Program* wurde hier diskutiert, wie die Medienentwicklung verstärkt und als Entwicklungsmotor genutzt werden kann.

Eine Delegation der Amman-Konferenz unterbreitete den anwesenden VertreterInnen der Geberorganisationen 19 Punkte zur Diskussion. Offensichtlich war, dass Medienentwicklung und Medien für Entwicklung komplementäre und voneinander abhängige Strategien sind. Nena Skopljanac, medienhilfe Geschäftsführerin, erläuterte die Rolle von Minderheiten-

Neue Struktur, besseres Programm

Der Kanton Basel-Stadt und die ABB Group Zürich unterstützen mehrsprachige Koproduktionen in Kosov@ und Mazedonien.

Cross-ethnic Radio Program in Kosov@, kurz CerpiK genannt, hat sich positiv entwickelt. Die interethnische Zusammenarbeit mehrerer unabhängiger Lokalradiostationen hat eine Umstrukturierung hinter sich. Während fünf vormalige Partner infolge redaktioneller, organisatorischer und vor allem struktureller Veränderungen das Team verlassen haben, sind mit *Radio Kamenica* und *Radio Mitrovica* zwei neue Stationen dazugestossen. Die ethnische und linguistische Vielfalt wie auch die Ausgewogenheit der gemeinsamen Produktionen bleibt damit garantiert. Unter der Führung von *Radio K* aus Kosovo Polje wurden wichtige strukturelle Neuerungen wie die Trennung zwischen Management und Redaktion eingeführt. Gleichzeitig hat sich das redaktionelle Niveau stark verbessert: Die medienhilfe engagierte *Violeta Oroshi*, eine erfahrene Journalistin und Medienexpertin, um drei Monate lang die beteiligten Stationen in der Produktion der Sendungen zu begleiten. Ein neues Sendeformat wurde definiert und eingeführt. CerpiK produziert nun wöchentlich eine 30- bis 40-minütige Sendung, in der sich Interviews und Reportagen auf attraktive Weise abwechseln, während eine professionelle Moderation durch das Programm führt. Die Sendung läuft zeitgleich in drei Sprachen des Kosov@ (albanisch, serbisch und türkisch) auf allen beteiligten Stationen, wobei die Originalsprache in Interviews immer noch zu hören ist, um so die kulturelle und sprachliche Vielfalt kenntlich zu machen.

Dass CerpiK auch dieses Jahr realisiert werden kann, ist unter anderem der finanziellen Unterstützung durch die *ABB Group Zürich* und den *Kanton Basel-Stadt* zu verdanken. Der Nordwestschweizer Kanton spendete eine grosszügige Summe zur Finanzierung zweier mehrsprachiger Koproduktionen von *CerpiK* in Kosov@ wie auch von “*Mazedonien auf der Hand*”, ein wöchentliches Fernsehmagazin von sieben privaten Fernsehstationen in Mazedonien. Über die gemeinsamen Produktionen hinaus tauschen die vier mazedonisch- und drei albanisch-sprachigen Stationen aus allen Regionen des Landes Programme aus und betreiben gemeinsames Marketing. Eine einmalige Zusammenarbeit in diesem Land, das politisch, wirtschaftlich und sozial zwischen der mazedonisch-sprachigen und der albanisch-sprachigen Bevölkerung gespalten ist.

Beide Projekte – CerpiK wie “*Mazedonien auf der Hand*” – werden von der medienhilfe intensiv begleitet. In einem schwierigen Umfeld gehören sie zu den anspruchsvollsten Projekten innerhalb des Programms, das die medienhilfe in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens durchführt.

Die medienhilfe bedankt sich im Namen aller Partner bei beiden Geldgebern sehr herzlich für die grosszügige Unterstützung und freut sich, dass sie in diesem Jahr auf die Solidarität des Kantons Basel-Stadt und der ABB Group zählen durfte.

Carole Gürtler, Programmverantwortliche Kosov@



Global Forum for Media Development Anfang Oktober in Amman.

Medien (am Beispiel Roma) zur Überwindung von Armut und Marginalisierung.

Auch wenn an der Konferenz keine konkreten Entscheide gefällt wurden, so ist doch offensichtlich, dass das Thema

Medien in der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung gewinnt.

Roland Brunner, medienhilfe

Informationen zu Thema und Konferenzen unter www.wordlbank.org/wbi und www.gfmd.info

medienhilfe für ANEM-Stationen in Serbien

Überleben sichern

Mit Geldern des National Endowment for Democracy NED kann die medienhilfe unabhängige Fernseh- und Radiostationen in Serbien vor dem Untergang retten.

Schon 2004 konnte die medienhilfe ausgewählte Radiostationen des Netzwerks unabhängiger elektronischer Medien in Serbien (ANEM) sechs Monate lang, von Anfang Februar bis Ende Juli, unterstützen (siehe mh-info 2004-1). Möglich war dies auch damals mit Geldern des US-amerikanischen *National Endowment for Democracy NED*.

Rückkehr zu alten Zeiten

Ein Rückblick zeigt, wie schwierig die Situation in Serbien nach wie vor ist. Die neue Regierung hat den Reform- und Demokratisierungsprozess gestoppt und einen Prozess der Wiederherstellung des bis Oktober 2000 herrschenden Systemes eingeleitet. Auch harren die gesetzlichen Grundlagen zur Medienregulierung noch immer ihrer Umsetzung. Politiker versuchen weiterhin, Kontrolle über die Medien auszuüben.

Nach Angaben des Kulturministeriums gibt es heute 1400 Radio- und Fernsehstationen in Serbien – bei einer Bevölkerung von 7,5 Millionen Menschen. Dass 1400 Stationen zwar eine Vielzahl, aber

noch lange keine Vielfalt ausmachen, ist einleuchtend. Die wenigsten Sender verfügen über eigene Nachrichten und inhaltlich-redaktionelle Beiträge. Meist senden sie Musik und Glückwünsche – und unterbieten sich laufend gegenseitig mit den Kosten für Werbung. In diesem politisch gewollten Medienchaos ist das Überleben für Stationen, die ihren journalistischen Auftrag ernst nehmen, kaum ohne externe Hilfe möglich.

Überleben und Demokratie sichern

Angesichts der politischen Unsicherheit und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Serbien stellt die erneute Unterstützung durch NED eine wesentliche Hilfe für die ausgewählten ANEM-Stationen dar. Von Oktober 2005 bis März 2006 wird damit ihr Überleben gesichert.

Die sieben Stationen *Radio Boom 93* (Pozarevac/Ostserbien), *Ozon* (Cacak/Zentralserbien), *Patak* (Valjevo/Westserbien), *OK Radio* (Vranje/Südserbien), *City Radio* (Nis/Südserbien), *STV Negotin* (Negotin/Ostserbien) und *RTV M+* (Mladenovac/Zentralserbien) werden während der sechs Monate mit insgesamt 136'430 US-Dollar unterstützt. Dies soll ihnen ermöglichen, die Qualität ihrer Informationsprogramme angesichts der chaotischen Medien-Situation in Serbien zu halten.

Neu bei medienhilfe

Irena Ristic



Seit 01.09.2005 verstärkt *Irena Ristic* als Programmverantwortliche *Roma Media Assistance* das medienhilfe-Team. Sie ist verantwortlich für die direkte Unterstützung von Roma-Medien in Ungarn, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien und in Slowenien.

Irena Ristic studierte Journalistik im Masterprogramm der Europäischen Journalismus-Akademie in Wien. Als Abschlussarbeit legte sie dort eine 12minütige Videoproduktion über die Arbeit der medienhilfe und die Produktionen lokaler Medien in Serbien und Kroatien zur Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit vor ("Katharsis"). In der Schweiz aufgewachsen, aber mit familiären und sprachlichen Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien, sind ihr Kultur und Politik der Region bestens vertraut.

Bei einem zweimonatigen Praktikum im Herbst 2004 lernte Irena die medienhilfe näher kennen – und blieb ihr treu. Weiterhin arbeitet sie als freie Journalistin unter anderem für die wöchentliche Medienbeilage der Neuen Zürcher Zeitung NZZ.

María Cecilia Calello



"*medienhilfe – sostegno ai media*", so lautet der Titel des Tessiner Büros der medienhilfe.

Und María Cecilia Calello vertritt die medienhilfe in Person.

María Cecilia Calello wurde in Argentinien geboren und wuchs auch dort auf. Im Jahr 2000 kam sie in die Schweiz und lebt seither im Tessin. Für ihr Studium in Kommunikationswissenschaften an der Universität Lugano wählte sie Massenmedien als Schwerpunkt. Ihre Lizenzarbeit verfasste sie zum Thema "Medien, historisches Gedächtnis und audiovisuelle Archive im Tessin".

Journalistisch tätig war María Cecilia Calello bisher in verschiedenen Praktika: bei laregione Ticino und bei TSI, dem italienischen Programm des Schweizer Fernsehens. Heute arbeitet sie an einem Forschungsprojekt als Doktorarbeit zum Thema "Kino und Menschenrechte – der Krieg in ehemaligen Jugoslawien".

“Auswendig gelernte Schlagworte”

In Kürze beginnen die Verhandlungen über den endgültigen Status des Kosov@. Enver Robelli, Auslandsredaktor beim Zürcher Tages-Anzeiger, verfolgt das Geschehen seit Jahren.

Enver Robelli, Sie haben sich immer sehr kritisch mit den Politikern Serbiens und des Kosov@ auseinandergesetzt. Wie sehen Sie heute die Voraussetzungen für reale Verhandlungen?

Die internationale Gemeinschaft hat einen engen Verhandlungsrahmen festgelegt. Die westlichen Staaten und Russland schliessen folgende Möglichkeiten zur Lösung der Statusfrage Kosovos aus: eine Rückkehr unter serbischer Herrschaft, eine territoriale Teilung oder eine Vereinigung des Kosovo mit anderen albanisch besiedelten Gebieten. Als mögliche Lösung bleibt eine Art beschränkter Souveränität, wie sie von renommierten Denkfabriken und Balkan-Experten favorisiert wird. Über die Einzelheiten werden die beiden Konfliktparteien verhandeln.

Nachdem der Uno-Sicherheitsrat am 24. Oktober grünes Licht für die Aufnahme von Verhandlungen gegeben hat, ist auch die serbische Regierung bereit, mit den Verhandlungen zu beginnen. Der Präsident des Kosovo, Ibrahim Rugova, hat bereits eine Verhandlungsdelegation bestimmt. Die plötzliche Bereitschaft der beiden Seiten für Gespräche ist nur mit dem Druck der EU und der USA zu erklären. Gleichzeitig versucht Brüssel, das Wohlwollen Belgrads mit Versprechen über die EU-Integration des Landes zu sichern. Es handelt sich um die übliche Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie.

Die internationale Gemeinschaft ist zum Schluss gekommen, dass der Status quo in Kosovo nicht mehr haltbar ist. Diese Einsicht wuchs vor allem nach den verheerenden Unruhen albanischer Extremisten gegen die Minderheiten der Serben und Roma im vergangenen März. So zynisch es klingt: Erst nach den Ausschreitungen erkannten die Uno-Verwaltung und die westlichen Politiker in Brüssel und Washington, dass sie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den gefährlichsten Konflikt in Südosteuropa ignoriert hatten.

Inzwischen ist selbst die Uno zum Schluss gekommen, dass ihre Mission in Kosovo gründlich reformiert, vielleicht auch ganz abgezogen und durch eine EU-



Enver Robelli, Journalist beim Zürcher Tages-Anzeiger und im Expertenpool der medienhilfe

Verwaltung ersetzt werden muss. Selbst die interne Überwachungsbehörde der Uno hat Mitte Oktober die ausufernde Korruption in den von der Uno verwalteten Unternehmen in Kosovo beklagt.

Über die Forderung nach Unabhängigkeit hinaus ist kaum ein konkretes politisches Projekt im Kosov@ auszumachen. Gibt es überhaupt eine Zivilgesellschaft oder spielen Politiker einfach die nationalistische Karte für ihre eigenen Interessen aus?

In der kosovo-albanischen Gesellschaft besteht ein breiter Konsens für die Unabhängigkeit der Provinz. Das Regime von Slobodan Milosevic hat mit seiner zehnjährigen Unterdrückungspolitik jede Chance für eine Rückkehr der Provinz unter serbische Verwaltung verspielt. Den Preis für diese Politik werden in den nächsten Monaten die Politiker in Belgrad zahlen.

Die Frage lautet jetzt: Wie wird die Selbständigkeit des Kosovo inhaltlich aussehen? Darüber findet in Pristina unter Politikern oder Vertretern der Zivilgesellschaft kaum eine öffentliche Debatte statt. Es bleibt bei Schlagwörtern wie *Menschenrechte, Zivilgesellschaft und Toleranz*, die in Workshops internationaler Organisationen auswendig gelernt wurden. Deshalb ist für eine halbwegs friedliche Zukunft des Kosovo eine weitere internationale Präsenz unabdingbar.

Da alle Länder der Region eine Integration in die EU anstreben, ist es logisch,

dass Brüssel mehr Verantwortung übernimmt. Vor allem in Fragen, welche die Minderheiten betreffen, muss die EU eingreifen können, sollte die kosovarische Regierung internationale Menschenrechtsstandards missachten. Auch bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität muss die EU energisch auftreten und konkrete Aktionen fordern. Dazu gehört auch die Festnahme von selbst ernannten Kriegshelden, die Verbrechersyndikate decken und die Politik diktieren.

Welche Rolle spielen Medien im Kosov@, um gesellschaftliches und politisches Bewusstsein zu schaffen und den Prozess der Demokratisierung zu unterstützen?

Die Rolle der unabhängigen Medien wird immer wichtiger. Die zwei Zeitungen: *Koha Ditore* und *Express* treten kompromisslos für eine demokratische und gerechte Gesellschaft ein. In den letzten Monaten prangerten beide Blätter immer wieder die Korruption der Politiker an.

Auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen *RTK*, das bei den Unruhen vom vergangenen März mit seiner unprofessionellen Berichterstattung eine unrühmliche Rolle gespielt hat, löst sich von den Fesseln der internationalen Überwacher, die seit 1999 eine protokollartige Berichterstattung durchgesetzt hatten.

Kaum eine Rolle spielt mittlerweile die regierungsfreundliche Tageszeitung *Zeri*. Ihr Herausgeber *Blerim Shala* hat sich zum Mitglied der Delegation ernennen lassen, die demnächst mit Belgrad über die Statusfrage verhandeln soll. So wird der unabhängige Journalismus begraben.

Trotz positiver Entwicklungen müssen viele Kollegen in Kosovo unter schwierigen Bedingungen arbeiten. Oft ist ihre Sicherheit nicht gewährleistet. Die Medien nehmen nur die weniger gefährlichen Politiker ins Visier, die keine Banden und keine Geldströme kontrollieren. Die ganz grossen Fische werden kaum kritisiert, weil man Angst hat vor Attacken. Ein weiteres Problem ist wirtschaftlicher Natur: In Kosovo wird kaum gelesen. In den 1980er Jahren hatte die Tageszeitung *Rilindja* eine Auflage von 100'000 Exemplaren. Heute gibt es in Kosovo sieben Tageszeitungen, deren Auflage zusammen nicht 30'000 Exemplare übersteigt.

* Interview per E-Mail. Fragen von Roland Brunner, medienhilfe.